

„Vivant hat ein Problem mit der Wahrheit“

Kritik an Beraterverträgen aus Sicht der Regierung ungerechtfertigt

In Reaktion auf die Vivant-Kritik an Berater-Verträgen legt die DG-Regierung großen Wert auf die Feststellung, dass sie auch diesbezüglich größte Transparenz walten lässt. So wird auch weiterhin im Detail über die Kosten von Beraterverträgen mit externen Firmen informiert.

Einzigste Ausnahmen bilden wie in den Vorjahren Mandatserteilungen an Rechtsanwälte, bestimmte technische Gutachten und personenbezogene Steuergutachten. „Selbst in diesen Fällen sind wir aber dazu bereit, dem Fragesteller unter Berücksichtigung der Datenschutzgesetzgebung Einblick in diese Dokumente zu geben. Einmal mehr verbreitet Michael Balter wider besseres Wissen Unwahrheiten, um die Regierung ungerechtfertigterweise und passend zu dem von Vivant verbreiteten Narrativ dem Vorwurf der Intransparenz auszusetzen“, so Ministerpräsident Oliver Paasch.

Bester Beleg hierfür ist die beigefügte, detaillierte Liste der Studien, die dem Abgeordneten Michael Balter und der breiten Öffentlichkeit durch die Regierung in Beantwortung seiner entsprechenden Schriftlichen Frage über den parlamentarischen Weg zur Kenntnis gebracht wurde.

Wie auch in den Vorjahren hat die Regierung also zu dieser Frage ausführlich geantwortet und eine detaillierte Liste der Studien- und Beratungsleistungen veröffentlicht.

Pauschale Kritik an dieser externen Expertise ist aus Sicht der Regierung nicht zielführend. Bei einem genaueren Blick auf die Liste lässt sich nämlich feststellen, dass ein beachtlicher Teil der Ausgaben auf nachstehende Bereiche fällt:

1. spezialisierte Beratungsleistungen für Krankenhäuser und Seniorenheime, unter anderem im Bereich der Anschaffung von Gütern bzw. der Digitalisierung des Gesundheitswesens, die für den Krankenhausbetrieb notwendig sind;
2. die überall in Europa durchgeführte Arbeitskräfteerhebung, die auch die Deutschsprachige Gemeinschaft durchführen muss;
3. wissenschaftlich unterstützte Lernstandserhebungen wie die Testung der Fremdsprachenkenntnisse der Schüler (DELFI) und VERA, die eine individuelle

Standortbestimmung ermöglichen und zudem wichtige Erkenntnisse für die Fortentwicklung des Bildungswesens liefern;

4. einmalige Kosten im Zusammenhang mit der Reform der Raumordnung. Hier geht es darum, nach dem Prozess der Beteiligung von Gemeinden und Akteuren nun die Ergebnisse in den Gesetzestext zu übertragen.

„All diesen Aufträgen ist gemein, dass sie in keiner Weise in Verbindung mit dem durch den Einstellungsstopp bedingten Stellenabbau stehen. Vielmehr ist es so, dass ein Teil der Leistungen gar nicht durch eigenes Personal erbracht werden kann oder darf“, so der Ministerpräsident. „Natürlich werden im Kontext der allgemeinen Sparvorgaben, die Beratungsleistungen im Vorfeld noch kritischer überprüft als bisher schon.“

Der Vorwurf der Intransparenz läuft, so Oliver Paasch, folglich vollends ins Leere.

Paasch erinnert auch daran, dass keine Gemeinschaft in Belgien so transparent mit ihren Ausgaben umgeht wie die DG. Als einzige Gemeinschaft veröffentlicht die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Einnahmen und Ausgaben sowie die Schulden und Bankkonten im Internet:

https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-5678/11194_read-61472/

Weitere Auskünfte erteilt:

Serge Heinen

Pressesprecher / Berater

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Kabinettt Ministerpräsident Oliver Paasch

Klötzerbahn 32, B-4700 Eupen

Tel.: +32-87-789 616, Mail: serge.heinen@dgov.be